

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

22.1.1927 (No. 18)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Mend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Annahme des Auftrags durch Dr. Marx

Dr. Marx hat nunmehr in aller Form den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts auf der Grundlage einer Mehrheit der „bürgerlichen“ Parteien angenommen. Aus dieser Tatsache ist zu schließen, daß Dr. Marx glaubt, den Auftrag auch wirklich ausführen zu können. Und nach den neuesten Meldungen ist dieser Glaube wohl nicht unberechtigt. Denn die deutschnationalen Presse stimmt dem von der Zentrumsfraktion veröffentlichten Programm zu. Zum mindesten erklärt sie, daß das Programm keine unübersteiglichen Hindernisse aufweise.

Die programmatistische Kundgebung des Zentrums ist nun allerdings so gehalten, daß sie eigentlich viel eher von der Sozialdemokratie, als von den Deutschnationalen hätte akzeptiert werden können. Sie fordert eine wahrhaft soziale Erneuerung im Geiste und im Willen, sie verkündet, daß es keine staatliche Wirklichkeit, als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen gebe, sie bekennt sich nochmals ausdrücklich zur Weimarer Verfassung und ihrem Sinn und demgemäß zur deutschen Republik, sie betont, daß es gelte, die Befürchtungen wegzuräumen, als ob die Reichswehr nur bestimmten politischen Klassen dienstbar wäre, und daß es gelte, die Rekrutierungsfrage in einer Form zu lösen, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volkes den Zugang zur Reichswehr ermögliche, sie bekennt sich mit aller Entschiedenheit zu der bisherigen Außenpolitik und fordert deren folgerichtige Fortsetzung und sie proklamiert sozial- und wirtschaftspolitische Forderungen, die auf alle Schichten des Volkes Rücksicht nehmen, und gegen die jedenfalls die Arbeiterchaft nichts Wesentliches einwenden kann, zumal die Fürsorge für die Arbeiterchaft besonders stark unterstrichen wird.

Wenn wir nun in der führenden deutschnationalen Presse lesen, daß die Deutschnationalen Volkspartei grundsätzliche Bedenken gegen das Zentrumsprogramm nicht geltend machen könne, und daß auf der Grundlage dieses Programms wohl sicherlich eine Einigung zustandekommen werde, dann stehen wir hier vor einer der markantesten Tatsachen der neuesten innerpolitischen Geschichte. Denn entweder ist diese Zustimmung der Deutschnationalen zu einem in seinen Grundzügen durchaus republikanisch-demokratischen Programm nur Heuchelei, oder es ist in der Tat so, daß die verantwortlichen Führer der Deutschnationalen Volkspartei eingesehen haben, daß sie sich mit dem republikanischen Staat der Weimarer Verfassung abfinden müssen. Es wird viele Republikaner in Deutschland geben, die die Ehrlichkeit der Zustimmung der Deutschnationalen bezweifeln. Die Optimisten dagegen werden in gewissen Erscheinungen im Lager der Rechten schon längst Anzeichen dafür erblickt haben, daß die Deutschnationalen und die rechtsgerichteten Verbände die Hoffnung auf eine praktische Erreichung ihrer realen Ziele aufgegeben haben und deshalb zur Mitarbeit am neuen Staat bereit sind.

Am zweckmäßigsten wird es wohl sein, sich auf alle Möglichkeiten einzurichten. Von jeher haben wir den Standpunkt vertreten, daß der neue Staat die Aufgabe habe, alle Schichten des Volkes, also auch die Deutschnationalen, an sich heranzuführen, alle Schichten des Volkes für sich zu gewinnen. Ein solcher Prozeß kann natürlich nur langsam verlaufen. Und so dürfte man von den Deutschnationalen nicht gleich verlangen, daß sie über Nacht aus einem Saulus zu einem Paulus werden. Andererseits wird man durchaus darauf gefaßt sein müssen, daß die Deutschnationalen, wenn sie erst einmal in der Regierung sind, alles tun, um diese Regierung im Dienst ihrer parteipolitischen Interessen zu beeinflussen. Und hier ergibt sich denn auch sofort die Aussicht auf bedrohliche Konflikte. Zumal das Zentrum wird wohl seine ganze staatsmännische Kunst und seine ganze politische Energie aufbieten müssen, um zu verhindern, daß die Deutschnationalen ihre Teilnahme an der Regierung etwa doch in einem reaktionären, dem jetzt veröffentlichten Zentrumsprogramm stracks zuwiderlaufenden Sinne ausnützen. Das Zentrum wird dabei ziemlich allein stehen, da die Deutsche Volkspartei wohl eher geneigt sein wird, Hand in Hand mit den Deutschnationalen zu gehen.

Daß die Sozialdemokraten und wohl auch die Demokraten dem neuen Kabinetts ablehnend gegenüberstehen werden, kann man nach Lage der parteipolitischen Verhältnisse wohl ohne weiteres vorhersehen. Doch kommt es ja schließlich wieder auf die praktische Arbeit an, die ein Kabinetts leistet. Und es wäre durchaus denkbar, daß

diese Arbeit, wenn sie faktisch auf der Grundlage des Zentrumsprogramms verläuft, auch die Opposition leidlich zufriedenstellt.

Der gewissenhafte Chronist hat davon Kenntnis zu nehmen, daß die Nachricht, Dr. Marx habe den Reichspräsidenten um die Veröffentlichung seiner Anschauungen gebeten, den Tatsachen nicht entspricht. Rechtsgerichtet Politiker hatten den Inhalt des Briefes schon vor der Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Dr. Marx zitiert.

Um 9 1/2 Milliarden

Am Freitag begann vor dem Saager Schiedsgericht für Reparationsfragen der Prozeß um die Entschädigung des deutschen Besitzes im Ausland. Das Saager Schiedsgericht ist eingeleitet worden auf Grund des Dawesplanes, der vorsah, daß alle Streitigkeiten über Reparationsfragen auf schiedsgerichtlichem Wege geregelt werden sollen. Dem Schiedsgericht gehören Vertreter der deutschen Regierung und der Reparationskommission als gleichberechtigte Schiedsrichter an. Zu dem Schiedsgericht, das unter dem Vorsitz des Amerikaners Mr. Perkins steht, gehören außerdem ein Franzose, ein Holländer und ein Schwede.

Es handelt sich um folgenden Streitfall. Artikel 297 des Versailler Vertrages sah vor, daß aller Besitz Deutscher im Ausland den feindlichen Mächten zufallen sollte, die schon während des Krieges mit der Beschlagnahme und der Versteigerung dieses Besitzes begonnen hatten. Darüber hinaus mußte die deutsche Regierung die in dem deutschen Besitz befindlichen ausländischen Wertpapiere und Aktien abliefern. Es wurde ihr die Verpflichtung auferlegt, die deutschen Geschädigten schadlos zu halten. Der Schaden, der, wie genaue Berechnungen ergeben haben, dem deutschen Privatbesitz durch dieses Verfahren zugefügt worden ist, betrug 9,233 Milliarden Mark. Die Verteilung des deutschen Besitzes im Ausland hat nur einen Bruchteil dieser Summe den Regierungen der feindlichen Staaten in die Hände gespielt, denn bei der Größe der Objekte, die verkauft werden mußten, waren Käufer nicht leicht zu finden. Es kam hinzu, daß viele Unternehmen, an denen Deutsche beteiligt waren, infolge des Fortfalls der deutschen Beteiligung zugrunde gingen, so daß auch in diesen Fällen die feindlichen Regierungen einen wirklichen Nutzen von der Beschlagnahme des deutschen Besitzes nicht hatten. Das Verfahren der feindlichen Regierungen war infolgedessen ein Versuch mit allen anerkannten völkerrechtlichen Grundregeln, als zum erstenmal während eines Krieges das Privateigentum nicht geschützt wurde.

Diese Abweichung von dem Grundgedanken des Privateigentums suchten die Entente-Regierungen dadurch zu verhüllen, daß sie Deutschland die Entschädigungspflicht auferlegten. Die deutsche Regierung hat die aufgezwungene Entschädigungspflicht 1919 anerkannt und 1923 gefählich geregelt. Es kam dann die Inflationsperiode, und in der Deflationszeit wurden neue Entschädigungsgesetze für die deutschen Besitzer ausländischen Eigentums geschaffen. Danach sollte ihre Entschädigung 2 und 5 Mark für je 1000 M. betragen. Auch spätere Nachentschädigungsgesetze änderten nichts daran, daß die Entschädigung unzureichend blieb, trotzdem aber die Reichskasse belastete. Das Dawesabkommen setzte nun fest, daß Deutschland außer der festen Jahreszahlung keine weiteren Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag haben sollte. Infolgedessen verlangt die Reichsregierung, daß ein Teil der Jahres-Reparationszahlung abgezweigt wird für die Entschädigung der deutschen Besitzer. Die Reparationskommission befreit diesen Standpunkt und verlangt, daß Deutschland neben den Daweszahlungen mit der Weiterführung der Entschädigungen noch eine zweite Reparationslast auf sich nimmt. Der Vertreter der deutschen Regierung, Prof. Kaufmann, betonte die juristische und moralische Anomalie, die Privatvermögen zur Tragung der Kriegsschuldlasten heranzuziehen zu wollen. Das deutsche Budget dürfe durch Zahlungen im Sinne des Dawes-Gutachten nicht zerrüttet werden. Die Zahlungen könnten nur aus den Überschüssen des deutschen Volkvermögens geleistet werden. Die deutsche Regierung werde sich bemühen, in allen Punkten den Bestimmungen des Dawes-Planes nachzukommen. Sie sei in Sachen der Entschädigung aber der Überzeugung, daß die alliierten Regierungen und die Grundbesitzer von Recht und Billigkeit hinter ihr stehen und nicht hinter der Reparationskommission.

Heute wird für die Reparationskommission Sir John Fisher sprechen. Nach seinen Ausführungen wird noch einmal Professor Kaufmann das Wort erteilt, und dann spricht als zweiter Vertreter der Reparationskommission der Franzose Bon. Die Verhandlungen werden etwa fünf Tage dauern. Die Fällung des Urteils ist erst in etwa drei Wochen zu erwarten.

Anzeige wegen Landesverrat. Die Berliner Blätter hören, daß das Reichswehrministerium beim Oberreichsanwalt in Leipzig die Einleitung eines Landesverratsverfahrens gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Künster veranlaßt haben. Letzterer hatte vor kurzem in sozialdemokratischen Blättern einen Artikel über eine für Deutschland betriebene Verschleppung von Giftgasen in Ausland veröffentlicht und zwar auf Grund einer Unterredung mit sozialdemokratischen Arbeitern die in solchen Munitionswerkstätten Auslands tätig gewesen sein sollen.

Der diesjährige Reichstagsdienstag wird, wie das „W. Z.“ berichtet, in den ersten Julitagen in Götting stattfinden. Man rechnet mit über 2000 Teilnehmern aus allen Gegenden des Reiches. An die Tagung wird sich eine mehrtägige Studienreise durch Nieder- und Oberhessen anschließen.

Ordentliche Jahresversammlung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden

Mit Rücksicht auf den Zeitpunkt der feierlichen Eröffnung der Erbf- und Erweiterungsbauten in der Heilstätte Nordrach-Kolonie fand die für 1926 fällige ordentliche Jahresversammlung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Baden am Samstag, den 15. Januar in dieser Heilstätte statt. Den Verhandlungen wohnten Ministerialrat Dr. Imhoff und Oberregierungsrat Dr. Freiherr v. Babo von Karlsruhe an, und zwar letzterer als Vertreter des Herrn Ministers des Innern, ersterer für das badische Landesversicherungsamt.

Die Jahresversammlung wurde sachgemäß von dem Vorsitzenden des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt, Präsidenten Jung, eröffnet, der nach kurzer Begrüßung der erschienenen Vertreter alsbald zur Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters schritt. Entsprechend dem vereinbarten Turnus wurden durch Zufall der Arbeitnehmervertreter Verwaltungsdirektor Stoll, Heidelberg zum Vorsitzenden und der Arbeitgebervertreter Architekt Trier, Karlsruhe, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Versammlung gewählt. Zu Schriftführern wurden der Arbeitnehmervertreter Sekretär Röhlisch, Mannheim, bestellt. Bei der anschließenden Wahl der Ausschusskommission, welche sich aus dem Vorsitzenden, dem stellv. Vorsitzenden des Ausschusses und je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammensetzt, wurden von den Arbeitgebervertretern Fabrikant Wolff, Karlsruhe, als Mitglied und Architekt Reiter, Baden-Baden, als Stellvertreter, von den Arbeitnehmervertretern Gemeindefabrikant Schmarz, Mannheim, als Mitglied und Arbeitersekretär Saarer, Forzheim, als Stellvertreter erkoren. Weiter wurden Malermeister Oberle und Geschäftsführer Mehl, beide in Karlsruhe, als Vertreter der Landesversicherungsanstalt in den Gesundheitsrat entsandt.

Nunmehr wurde in die Beratung der eigentlichen Ausschussvorlagen eingetreten, und zwar zunächst in die über die Jahresrechnung 1925. Nachdem Präsident Jung hierzu noch einige mündliche Erläuterungen gegeben und den Entwurf des Prüfungsbescheides verlesen hatte, berichtete Trier über das Ergebnis der von der Ausschusskommission vorgenommenen Prüfung der Rechnung und Geschäftsführer Schulenburg über das Ergebnis des von ihm vorgenommenen unvermuteten Kassensurzes. Der Ausschuss genehmigte hierauf einstimmig die Überprüfungen des Voranschlags 1925, erklärte die Jahresrechnung 1925 für unbeanstandet und erteilte den Prüfungsbescheid nach Maßgabe des vorgelegten Entwurfs.

Sodann wurden einige kürzere Vorlagen des Vorstandes, welche den Erneuer- und Austausch von Grundstücken sowie den Abschluß des Dienstvertrags mit dem Direktor der Heilstätte Nordrach-Kolonie betrafen, vorweg behandelt und gemäß den Anträgen des geschäftsführenden Vorstandes erledigt.

Der nunmehr folgenden Beratung und Beschlussfassung über den Hauptpunkt der Tagesordnung, den Voranschlag für das Jahr 1927, nebst Anlagen und einem Nachtrag ging ein einführender Vortrag des Präsidenten Jung voraus, in welchem dieser über die finanzielle Lage der Landesversicherungsanstalt Baden und der Invalidenversicherung überhaupt, über die Auswirkung gesetzgeberischer Maßnahmen und über sonstige Vorgänge des letzten Jahres berichtete. Dank der Zunahme der Bautätigkeit und der auch sonst bemerkbaren Steigerung des Wirtschaftslebens in den letzten Monaten des Jahres 1926 seien die Beitragseinnahmen wesentlich gestiegen, und es sei dadurch die noch im Zeitpunkt der Aufstellung des neuen Voranschlags befürchtete Mindereinnahme gegenüber den Voranschlagsjahren für 1926 glücklicherweise vermieden worden. Sofern dieser Aufstieg der Wirtschaft auch im neuen Jahre anhalte, könne man der weiteren Entwicklung der Anstaltsfinanzen mit größerer Zuversicht entgegensehen, als dies in den Erläuterungen zum Voranschlag für 1927 zum Ausdruck gekommen sei. Allerdings mahnte die dauernde Zunahme der Rentenlasten zur außerordentlichen Vorsicht. Der von der Landesversicherungsanstalt Baden aufzubringende Postvorschuß sei mit Wirkung vom 1. Januar 1927 ab vom Reichsversicherungsamt erheblich erhöht worden und betrage nunmehr im Monat Januar: 1.639.200 RM., im Februar: 1.652.400 RM. und im März: 1.665.600 RM., das sind monatlich 78.400 bis 104.800 RM. mehr als bisher. Das Reichsversicherungsamt habe bei Festsetzung dieses Postvorschlusses auf die durch das neue Reichsgesetz zur Änderung der RVO. und des RVG. vom 25. Juni 1926 (Reichsgesetzblatt I S. 311) verfügte „bedingte“ Herabsetzung des Bezugsalters für Rententenden und Kinderzuschuß auf das vollendete 15. Lebensjahr, welches nach Absicht des Gesetzgebers eine Entlastung der Invalidenversicherungsträger bringen sollte, keinerlei Rücksicht genommen. Dieses Gesetz, welches aus der Mitte des Reichstags hervorgegangen sei, befriedige überhaupt niemand, weder die Versicherungsträger, für die es eine außerordentliche Zunahme der Verwaltungsarbeit im Gefolge gehabt hätte, noch die Versicherten, die sich durch das selbe finanziell benachteiligt fühlten. Das gleiche gelte von dem durch das Gesetz angeordneten Nutzen der Invalidenrentenbezüge neben den Renten aus der Unfallversicherung.

Präsident Jung ging dann auch auf die in der letzten Zeit gegen die Art der Begutachtung der Rentenbewerber und Rentenempfänger durch die Bezirksärzte und die Unberufstätigen erhobenen Zeitungsangriffe ein und wies dieselben als unberechtigt aber stark übertrieben zurück. Diese Ärzte seien verpflichtet, ihre Gutachten lediglich auf Grund des objektiven Befundes abzugeben und könnten auf die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der untersuchten Personen keine Rücksicht nehmen. Daß bei der Begutachtung und bei der Rentenverbeurteilung nicht unsozial verfahren würde, beweise die Tatsache, daß im Jahre 1926: 72,8 Prozent aller Rentenansprüche bewilligt und nur 13,7 Prozent abgelehnt

Das Bad. Konservatorium für Musik das durch sein unlängst veranstaltetes Kammerkonzert mit alter Musik allgemeines Interesse geweckt hat, bringt nun in seinem nächsten Konzert, das am Samstag, den 5. Februar 1927 abends 8 Uhr im Bürgeraal des Rathauses stattfindet, Werke zeitgenössischer Komponisten, die hier in Karlsruhe noch nicht zur Aufführung gekommen sind. In diesen Schöpfungen von Hindemith, Jarnach, Schels und Weismann werden durch Eingeziehung der Flöte und der Violine zum Klavier eigenartige Klangkombinationen erreicht, die in Verbindung mit ungemein reizvollen Einfällen als besonders typischer Ausdruck des modernen Kammermusikschaffens erscheinen. Der einheitlich gehaltene Eintrittspreis wurde wieder auf den außerordentlich niedrigen Betrag angelegt.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

| | 22. Januar | | 21. Januar | |
|--------------------|------------|--------|------------|--------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 168.44 | 168.86 | 168.44 | 168.85 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.30 | 112.58 | 112.33 | 112.61 |
| London 100 £. | 18.31 | 18.35 | 18.25 | 18.29 |
| Paris 100 F. | 20.411 | 20.601 | 20.449 | 20.501 |
| New York 1 D. | 4.2135 | 4.2235 | 4.213 | 4.223 |
| Schweden 100 Kr. | 16.70 | 16.74 | 16.71 | 16.75 |
| Schweiz 100 Fr. | 81.14 | 81.34 | 81.145 | 81.345 |
| Wien 100 Schilling | 59.43 | 59.57 | 59.43 | 59.57 |
| Prag 100 Kr. | 12.473 | 12.513 | 12.473 | 12.513 |

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 18. Januar d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7294 pence.

Keine Änderung der Gütertarife. In Gemisch-Parten-tischen waren am Donnerstag und Freitag die Tarifkommission und der Ausschuss der Berechtigten Interessenten zur Beratung der Gütertarife zusammengekommen. Das Ergebnis ist, daß man von einer Abänderung der geltenden Tarife augenblicklich Abstand nehmen will.

Börsen und Märkte

Wochenrundschau nach dem Stande vom 20. Januar 1927
Börse. Durch die Herabsetzung des Wechselkurses der Reichsbank hat das Börsengeschäft wieder einen kräftigen Impuls bekommen. Man rechnet, daß die Wirtschaftsjunktur durch die Verbilligung der Zinssätze einen neuen Antrieb erhalte. Die starke Wirkung der diesmaligen Dis-kontherabsetzung erklärt sich auch daraus, daß man vielfach nur eine 4prozentige Herabsetzung erwartet hatte. Die Kaufbewegung an der Börse setzte sich so weiter fort, besonders in einigen Spezialwerten. Das Publikum war stark am Markt, und die Spekulation schritt unter diesem Eindruck zu neuen Engagements. Die großen Käufe zeugen von der außerordentlichen Menge unbeschäftigten Geldes, das zur Börse drängt und um jeden Preis Anlage sucht. Die Tendenz war gegen Wochenende aber nur leicht abgeschwächt. Am Geldmarkt hat sich die Verflüssigung weiter fortgesetzt. Tagesgeld ist in großen Positionen zinsbringend kaum noch unterzubringen. Infolgedessen ist auch die Nachfrage nach Termingeld stark zurückgegangen.
Produktenmarkt. Das Geschäft auf den Getreidemärkten war etwas lebhafter und die Preise haben in allen Sorten angezogen. Auch vom Ausland, besonders von Argentinien, werden höhere Preise gemeldet. An der Berliner Produkten-börse notierten Weizen 269 (plus 2), Roggen 260 (plus 2), Wintergerste 207 (plus 2), Sommergerste 245 (unb.), Hafer 190 (plus 12) Mark je pro Tonne und Mehl 37% (plus 2) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Die leichte Preiserhöhung am Rohbaum-wollenmarkt hatte für Baumwollfabrikate Preisberab-setzungen zur Folge. Auch der Wollemarkt stand im Zeichen zunehmender Befestigung. Die Preise für Güte und Felle sind auf den Auktionen gestiegen. Die Nachfrage nach Leder in den Schuhfabriken ist lebhaft, während das Geschäft im Lederkleinhandel gering ist.

Viehmarkt. Auf den Schlachtviehmärkten war das Geschäft nicht einheitlich. Die Großviehmärkte waren stark befahren. Das Geschäft blieb aber mäßig und die Preise neigten nach unten. Kälber bekundeten bessere Nachfrage.

Deutsche Elektrizitätsausstellung Mannheim. Die zunächst für 1928 in Aussicht genommene allgemeine deutsche Elek-trizitätsausstellung Mannheim wird nunmehr — da im glei-chen Jahre die Stadt München eine Ausstellung „Heim und Technik“ veranstaltet — im Jahre 1929 stattfinden. Als Aus-stellungs-gelände ist das Gelände zwischen Augustanlage und Kienplatz mit Einbeziehung des oberen Eisenparcs in Aus-sicht genommen.

Verschiedenes

Ein Bankkrach

Das „A. L.“ meldet aus Kalberg: Die Landwirtschafts- und Gewerbank A.G. in Heppach in Württemberg ist mit 340 000 M. Passiven, denen nur 2500 M. Aktiven gegenüberstehen, in Konkurs geraten. Zahlreiche Firmen und Großgrundbesitzer sind um große Summen geschädigt. Die Gläubiger beabsich-tigen, gegen den Leiter der Bank wegen betrügerischen Ver-fahrens vorzugehen. Mit dem Bankkrach wird der Selbstmord des Grafen von Schlieffen, der mit 70 000 M. an der Bank beteiligt war und sein ganzes Geld verloren hat, in Verbin-dung gebracht.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Montag, den 24. Januar 1927
Th.-Gem. I. S.-Gr.

6. Sinfonie-Konzert

des Badischen Landestheater-Orchesters
Leitung: Professor Franz Schalk
Direktor der Wiener Staatsoper

- Klavierkonzert Nikolai Lopatnikoff
Solist: Hans Bruch (Mannheim)
 - Das Lied von der Erde Gustav Mahler
Solisten: Magda Straß und Robert Bux
- Anfang 8 Uhr Ende 9 1/2 Uhr
I. Sprechst. Mark 4.—

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr
Sonntag 4 und 8 Uhr

Die Tugendprinzessin

Variete-Operette in 3 Akten 51
mit Einlagen und zwei Balletts

1000 Dtz. Bettücher

meine altbewährte Qualität, rein weiße, leinene la Ware, aus feinem englischen Nachsgarn gewebt, zu Braut-ausstattungen und in jedem Haushalte bestens zu gebrauchen, sind billigst abzugeben.
100x250 cm groß 1 Stück M. 7.50
150x250 cm groß 1 Stück M. 7.20
Kleinste Abgabe 6 Stück (oder 15 m im Ganzen). Ver-fandt per Nachnahme, franko, durch
Leineweber Franziska Marfil, Reinerz, Schlesien.
Viele Anerkennungs-schreiben für solide Bedienung.

Gesucht von Fabrikdirektion in Oberbaden

erfahrener Chauffeur

zugleich perfekter, unbedingt selbständiger
Auto-Mechaniker. Für Unverheirateten
freie Station. Angebote mit Zeugnisabschr.
und Lohnansprüchen unter G. 99 an die
Expedition der Karlsruher Zeitung.

Steinlieferung für den Kehler Hafen.

Das Rheinbauamt Offenburg vergibt die freie Lieferung von insgesamt 3000 cbm Rheinbausteinen II. Klasse gemäß Verordnung des Finanzministeriums vom 27. Juli 1922. Lieferungsbedingungen liegen während der üblichen Dienststunden auf dem Rheinbauamt Offenburg zur Einsichtnahme auf. Angebotsvorbeude werden an Bewerber abgegeben. Eröffnung der An-gebote am Dienstag, den 15. Februar 1927, vormittags 10 Uhr, in unserem Geschäftszimmer in Offenburg, Wilhelmstraße 2. Zuschlagsfrist 4 Wochen. J. 636 Rheinbauamt.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Forchheim ist er-loschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben. J. 641
Karlsruhe, den 20. Januar 1927. D. J. 14
Bezirksamt Abt. IIb.

Heirat.

Süßche Dame, 20 Jahre alt, mit 350000 Dollar Barvermögen, wünscht tüch-tigen, soliden Ehegatten, durch
Frau Sander,
Berlin-Wilmersdorf,
Brandenburgischestraße 46.

Leichenwagen

Jede Ausführung vorzüglich, günstige Zahlungsbedin-gungen liefern als Spe-zialität
Fahrgesch.- und Karosseriefabrik
Lorch (Württg.) 9.

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen. J. 683

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt

Ihre Zeitschriften neu zu abonnieren

Denken Sie dabei für Gattin und Kind wie auch für Ihren eigenen Bedarf, je nachdem an:

- Neue Frauenkleidung und Frauenkultur. Zeitschrift für persönliche künst-lerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk. 23. Jahrgang 1927. Illustriert. Erscheint monatlich. Einzelheft M. 1.20, Halbjahr M. 6.—.
- Gymnastik. Monatszeitschrift und Mitteilungsblatt des deutschen Gymnastik-Bundes E. V. Einzelheft M. 0.60, Halbjahr M. 3.—. Erscheint vor-erst in Doppelheften zweimonatlich.
- Badische Rechtspraxis. Annalen der Badischen Gerichte. 93. Jahrgang 1927. Herausgegeben von Landgerichtsdirektor Dr. R. Lutz und Rechtsanwalt Dr. R. Strauß. Erscheint monatlich. Einzelheft M. 1.20, Halbjahr M. 6.—.
- Betriebsführung. Mitteilungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebs-führung im Handwerk, E. V. in Karlsruhe. Erscheint monatlich. Ein-zelheft M. 0.80, Halbjahr M. 4.—.
- Ethos. Vierteljahrsschrift für Soziologie, Geschichte und Kulturphilosophie. 4 Hefte. Einzelheft M. 5.50, Halbjahr M. 9.—.
- Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins. Herausgegeben von der Badischen Historischen Kommission. Jeder Jahresband erscheint in 4 Heften. Einzelheft M. 4.—. Komplet M. 16.—.

Diese Zeitschriften unterscheiden sich von dem Gros der Unterhaltungsblätter und populären Fachzeitschriften durch ihren wirklich ernsthaften Charakter bei hohem Bildungswert

Probenummern kostenlos
Verlag G. Braun, Karlsruhe

Gemeinde-Sparkasse Malsch.

Geschäftsbericht pro 1926.

| Vermögen. | | Schulden. | |
|---|--------------|----------------------|--------------|
| | M. | | M. |
| Hypotheken | 224 650.— | Spareinlagen | 490 521.12 |
| Gemeindedarlehen | 4 000.— | Giroeinlagen | 35 943.99 |
| Liegenschaftskaufschillinge | 6 900.— | Aufwertungs-Einlagen | 492 756.42 |
| Darlehen an Private gegen Scheinschein | 235 523.— | Reinvermögen | 26 941.10 |
| Anlage bei den Girogen- tralen | 38 949.15 | | |
| Aufwertungs-fonds | 509 388.61 | | |
| Einnahmerückstände | 13 367.87 | | |
| Kassen-vorrat | 12 557.60 | | |
| Gerätschaften | 826.40 | | |
| | 1 046 162.63 | | 1 046 162.63 |

Malsch, den 20. Januar 1927.

Der Verwaltungsrat:
Belzer.

Der Geschäftsleiter:
Belzer.

J. 637. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wil-helm Koch, Hotelier zum Friedrichshof in Bruchsal, ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung und zur Erhebung von Ein-wendungen gegen das Schlussverzeichnis be-stimmt auf:
Mittwoch, den 16. Febr. 1927, vormittags 11 Uhr, vor das Amtsgericht Bruch-sal, II. Stad. Zimmer Nr. 16.
Bruchsal, 17. Jan. 1927.
Der Berichtsschreiber des
Amtsgerichts.

J. 639. Eppingen. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Holz & Kohl, G. m. b. H. in Mühlbach wurde nach Abhaltung des Schlichter-mitts aufgehoben. Eppingen, 18. 1. 1927. Bad. Amtsgericht.

J. 640. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Pianohaus G. Kunz, In-haber Alex Pfaffel hier wurde nach Anhörung der Gläubigerversammlung eingestellt, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Masse nicht vorhanden ist.

Wasser- u. Straßenbauamt Bonnorf.

Die Gemeinde vergibt Herstellung eines Wasser-hochbehälters aus Beton von 80 cbm Fassungs-raum und zwar
280 cbm Erdbarbeit,
120 cbm Beton,
480 qm Verputz.
Angebote bis spätestens 15. Februar 1927, vorm. 11 1/2 Uhr, an Bauamt Bonnorf. J. 634
Pläne und Bedingungen liegen auf u. Angebots-unterlagen können bezo-gen werden von
Bad. Wasser- u. Straßen-bauamt Bonnorf.

Wasser- u. Straßenbauamt Bonnorf.

Die Gemeinde vergibt folgende Herstellungen:
1. Wasserhochbehälter mit 150 cbm Fassungsraum, aus Beton, mit allen Erdbarbeiten,
2. Wasserleitungsarbei-ten einschl. der Erdbar-beiten, u. Lieferung aller Eisen-teile und zwar
4500 lfdm. Hauptleitun-gen,
1100 lfdm. Hausanschluß-leitungen.
Angebote bis spätestens 15. Februar 1927, vorm. 11 1/2 Uhr, für den Hoch-behälter, bis spätestens 10. Februar 1927, vorm. 11 1/2 Uhr, für die Wasser-leitungsarbeiten an Bau-amt Bonnorf. J. 635
Pläne und Bedingungen liegen auf u. Angebots-unterlagen können bezo-gen werden von
Bad. Wasser- u. Straßen-bauamt Bonnorf.

Radelrundholz-Verkauf

des staattlichen Forstamts Baden, freihändig, aus den Dist. I bis III etwa 780 km. aller Klassen in 8 Losen. Angebote bis

spätestens Freitag, den 28. Jan. 1927, vorm. 11 Uhr. Losauszüge und nähere Auskunft durch das Forst-amt, Schlossleierstr. Nr. 2, Tel. 1006. J. 638



Badisches Landestheater
Sonntag, 23. Januar 1927
Nachmittags

8. Vorstellung der Sonder-niete für Auswärtige
Der Evangelist
von Menzl
Musikalische Leitung:
Dr. Heinz Knöll
In Szene gesetzt von
Helmut Große

Friedrich Lander
Martha Blättermann
Magdalena Straß
Johannes Barth
Mathias Rentwig
Kaver Siegfried
Anton Löfer
Wibler Gröbinger
Dessen Frau Bauer
Frau Huber Buhl
Hans Rainbach
Nachtwächter Milan
Lumpenjammlerin Aras
Anfang 3 Ende geg. 6
I. Sprechst. M. 4.—

Abends
* D 14 (Donnerstagniete)
Th.-Gem. 1001—1100

Die Puppenfee

Ballett von Joseph Bayer
Einstudiert von E. Viefelsfeld
Musik. Leitung: Dr. Knöll

Sierauf

Klein Idas Blumen
Langspiel von R. v. Klenau
Einstudiert von E. Viefelsfeld
Musik. Leitung: Dr. Knöll
Anfang 7 1/2 Ende 9 1/2
I. Sprechst. M. 7.—

Im Stadt. Konzerthaus
Sonntag, 23. Jan. 1927

Nur kein Standal
von Karl Müller-Muzila
In Szene gesetzt von
Dr. Gerhard Storz

Greindel Höder
Jofbe Ermarth
Elfriede Rademacher
Max Zeitgeb
Kunemann Staud
Eulalia Genter
Ellen Roesch
Wassewitz Noelle
Blane Albrecht
Günlein Bodt
Schlapper Gemmede
Jeanette Neerl
Frische Neberl
Kellner Schreiber
Anfang 7 1/2 Ende geg. 10
I. Sprechst. M. 4.20

Resi-denz
Lichtspiele
Waldstraße 78
Ben Hur